

### Inhaltsverzeichnis

#### 1. Konjunktur

- **BIP 2024 um 0,2 Prozent zum Vorjahr geschrumpft**
- **Kaufkraft bleibt 2025 voraussichtlich schwach**
- **Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe minimal gewachsen**

#### 2. Unternehmen

- **Pessimistisches Geschäftsklima unter Selbstständigen**
- **Mittelstand durch Kreditrestriktionen belastet**
- **Nachfolgelücke wächst**

#### 3. Politik

- **Agenda 2030 der CDU: Ambitionierte Pläne mit fraglicher Umsetzung**
- **Wie groß ist die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA und China?**
- **Die europäische Mindestlohnrichtlinie auf dem Prüfstand beim EuGH**

#### 1. Konjunktur

##### BIP 2024 um 0,2 Prozent zum Vorjahr geschrumpft<sup>1</sup>

Die deutsche Volkswirtschaft ist von 2023 auf 2024 preis- und kalenderbereinigt um 0,2 Prozent geschrumpft. Hauptursachen waren hohe Energiekosten, die Unternehmen belasteten, sowie ein erhöhtes Zinsniveau, das Investitionen dämpfte. Zudem führten schwache internationale Konjunkturbedingungen und Handelskonflikte zu sinkenden Exporten, was vor allem energieintensive Industrien und den Maschinenbau betraf.

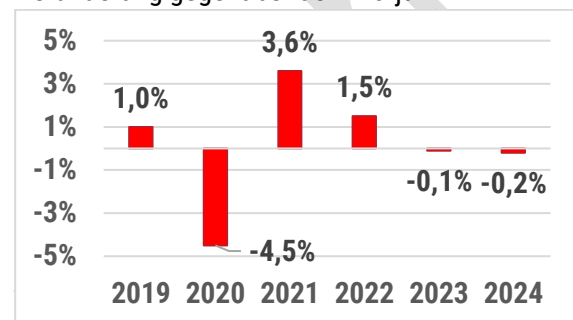
Die Investitionen in Bauprojekte gingen stark zurück, insbesondere im Wohnungsbau, da

<sup>1</sup> Destatis. (15.01.2025). [Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken - Statistisches Bundesamt](#) (Pressemitteilung Nr. 019).

gestiegene Zinsen und höhere Baukosten Projekte verteuerten. Gleichzeitig blieb der private Konsum gedämpft, da die Inflation die Kaufkraft der Haushalte belastete. Der Dienstleistungssektor entwickelte sich besser, unterstützt durch gestiegene Nachfrage nach Freizeit- und Kulturangeboten, während die Industrie insgesamt schwächelte.

##### **Bruttoinlandsprodukt, preis- und kalenderbereinigt**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis

Trotz der schwachen Gesamtwirtschaft blieb der Arbeitsmarkt stabil, mit einem erneuten Anstieg der Erwerbstätigenzahl. Besonders in Bereichen wie Informationstechnologie und öffentlichen Dienstleistungen gab es Beschäftigungszuwächse. Diese Stabilität milderte die negativen Effekte der Rezession, obwohl strukturelle Herausforderungen, etwa im Baugewerbe, bestehen bleiben.

##### Kaufkraft bleibt 2025 voraussichtlich schwach<sup>2</sup>

Die Kaufkraft der Deutschen wird 2025 voraussichtlich moderat ansteigen, reicht jedoch nicht aus, um die weiter steigenden Verbraucherpreise zu kompensieren. Durchschnittlich liegt die Pro-Kopf-Kaufkraft bei knapp unter 30.000 Euro, was nominal eine leichte Verbesserung darstellt. Die hohe Inflation schmälert jedoch den realen Wert dieses Anstiegs, sodass Verbraucher spürbare

<sup>2</sup> NIQ / GfK (15.01.2025): [Kaufkraft der Deutschen erhöht sich 2025, was den Anstieg der Verbraucherpreise jedoch nicht kompensiert.](#)

Einschränkungen ihres finanziellen Spielraums hinnehmen müssen.

Zwischen den Regionen bestehen erhebliche Unterschiede: In wirtschaftsstarken Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg ist die Kaufkraft pro Kopf deutlich höher als in strukturschwächeren Gebieten wie Mecklenburg-Vorpommern. Diese regionalen Disparitäten spiegeln sich in der Konsumnachfrage wider, wobei wohlhabendere Regionen größere Spielräume für nicht-essentielle Ausgaben zeigen. Dagegen konzentrieren sich Verbraucher in wirtschaftlich schwächeren Regionen stärker auf grundlegende Bedürfnisse wie Wohnen, Lebensmittel und Energie.

Trotz gestiegener Einkommen bleiben hohe Kosten für Energie und Dienstleistungen eine zentrale Herausforderung für Haushalte. Diese Entwicklung führt zu weiteren Anpassungen im Konsumverhalten, wie einer Reduktion bei Ausgaben für Freizeit oder Luxusgüter. Dies hat direkte Auswirkungen auf den Handel und Dienstleistungssektoren, die sich an die veränderten Prioritäten der Verbraucher anpassen müssen.

### Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe minimal gewachsen<sup>3</sup>

Der preisbereinigte Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe stieg im November 2024 saison- und kalenderbereinigt leicht an. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete der Auftragsbestand jedoch einen moderaten Rückgang. Der Zuwachs zwischen Oktober und November resultierte vor allem aus einer Zunahme in der Automobilindustrie, während Rückgänge im Maschinenbau und im Sonstigen Fahrzeugbau das Ergebnis belasteten.

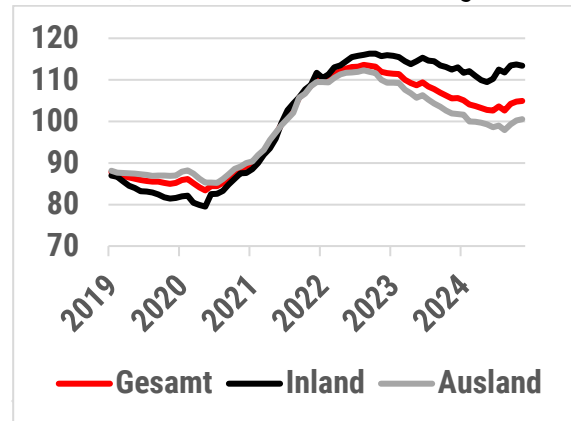
Die Inlandsaufträge sanken geringfügig, während die Aufträge aus dem Ausland minimal zunahm. Besonders die Hersteller von Investitionsgütern verzeichneten ein moderates

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt (21.01.2025): [Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im November 2024: +0,1 % zum Vormonat](#) (Pressemitteilung Nr. 027).

Wachstum des Auftragsbestands, während dieser bei Vorleistungs- und Konsumgütern zurückging. Die Reichweite des Auftragsbestands, also die Zeitspanne, die benötigt wird, um bestehende Aufträge ohne Neuaufträge abzuarbeiten, blieb stabil bei 7,3 Monaten.

### **Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe**

2015=100, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Destatis

Die Reichweite variierte je nach Produktkategorie: Bei Investitionsgütern sank sie leicht, während sie bei Vorleistungs- und Konsumgütern unverändert blieb. Diese Unterschiede spiegeln die Entwicklung der Nachfrage in den jeweiligen Sektoren wider, wobei Investitionsgüter sensibler auf konjunkturelle Schwankungen reagieren. Solche Abweichungen geben Hinweise darauf, wie Unternehmen in den verschiedenen Branchen ihre Produktion planen und anpassen.

## 2. Unternehmen

### Pessimistisches Geschäftsklima unter Selbstständigen<sup>4</sup>

Das Geschäftsklima der Selbständigen verschlechterte sich im Dezember 2024 deutlich weiter. Der „Jimdo-ifo-Geschäftsklimaindex“ sank von -21,3 Punkten im November auf -23,4 Punkte und erreichte damit den **niedrigsten**

<sup>4</sup> ifo Institut (13.01.2025): [Düstere Aussichten für Selbständige](#).

**Stand seit Oktober 2022.** Insbesondere die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage wurde stark negativ bewertet, begleitet von zunehmend pessimistischen Erwartungen.

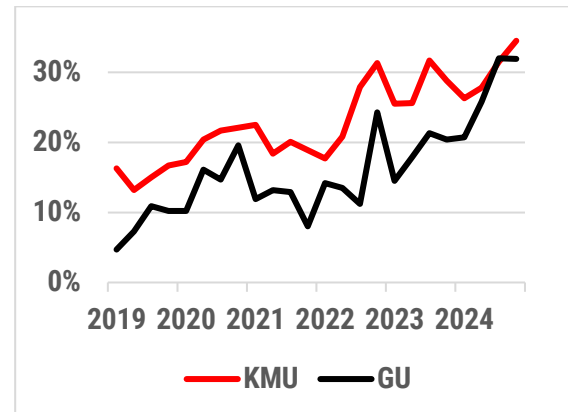
Im Dienstleistungssektor nahm das Geschäftsklima weiter ab, nachdem es im November kurzzeitig stabil blieb. **Sinkende Auftragsbestände und Umsätze belasteten die Selbständigen**, während die Umsatzerwartungen ebenfalls negativ ausfielen. Unternehmensberatungen sowie Selbständige in Werbung und Marktforschung konnten sich als Ausnahme behaupten und verzeichneten leichte Verbesserungen.

### Mittelstand durch Kreditrestriktionen belastet<sup>5</sup>

Die KfW-ifo-Kredithürde für das vierte Quartal 2024 zeigt, dass ein Rekordanteil mittelständischer Unternehmen restriktives Verhalten bei Bankkreditverhandlungen meldete. Rund 32 Prozent der KMU berichteten von erschwertem Kreditzugang, der höchste Wert seit Einführung der neuen Erhebungsmethodik im Jahr 2017. Auch bei Großunternehmen bleibt der Anteil hoch, wenngleich er leicht auf 31,9 Prozent zurückging.

Die Kreditnachfrage der Unternehmen war weiterhin unterdurchschnittlich, trotz leicht sinkender Kreditzinsen infolge der geldpolitischen Lockerung. Besonders im Großhandel, Verarbeitenden Gewerbe und Einzelhandel stufte ein Höchstanteil der KMU das Bankverhalten als restriktiv ein. Diese Sektoren leiden unter schlechter Geschäftslage und schwachen Absatzerwartungen, wodurch auch die Investitionsbereitschaft gering bleibt.

### KfW-ifo-Kredithürde



Quelle: KfW Research

Insgesamt bleibt der Finanzierungszugang angespannt, was insbesondere kleine Unternehmen mit begrenzten Alternativen trifft. Die restriktive Kreditvergabe belastet die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter und verstärkt die bestehende wirtschaftliche Unsicherheit.

### Nachfolgelücke wächst<sup>6</sup>

Die Nachfolgeproblematik im deutschen Mittelstand spitzt sich zu, wie das Nachfolge-Monitoring 2024 der KfW zeigt. Bis Ende 2025 planen rund 215.000 Unternehmen eine Nachfolgeregelung, während 231.000 Firmen eine Geschäftsaufgabe in Betracht ziehen – ein neuer Höchststand. Hauptgrund für die Stilllegungspläne ist das Alter der Inhabenden, wobei der Anteil älterer Führungskräfte schneller wächst als in der Gesamtbevölkerung. Besonders in ländlichen Regionen sind Nachfolgen oft schwieriger zu realisieren.

Kurzfristige Nachfolgen bleiben stabil, jedoch sinkt die Zahl langfristig geplanter Übergaben deutlich. Binnen fünf Jahren streben 532.000 Unternehmen eine Nachfolge an, was einem deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr entspricht. Besonders Kleinunternehmen haben Schwierigkeiten, Nachfolger zu finden, was oft zu ungewollten Stilllegungen führt. Diese Entwicklung ist für das regionale

<sup>5</sup> Körner, J. (2025). [KfW-ifo-Kredithürde Q4 2024](#), KfW Research. KfW Research.

<sup>6</sup> Schwartz, M. (10.01.2025). [Nachfolge-Monitoring Mittelstand 2024: Jedes vierte Unternehmen denkt](#)

[über Geschäftsaufgabe nach](#) (Fokus Volkswirtschaft Nr. 481). KfW Research.

Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung eine zusätzliche Herausforderung.

Die Analyse verdeutlicht, dass die „Nachfolgelücke“ im Mittelstand durch eine geringe Anzahl nachrückender Gründergenerationen verschärft wird. Der wachsende Rückzug von Babyboomer-Inhabenden trifft auf mangelndes Interesse an Übernahmen, wodurch sich Führungslücken in mittelständischen Unternehmen weiter ausdehnen werden. Gleichzeitig steigt die Konkurrenz um geeignete Nachfolger, da immer mehr Unternehmen im gleichen Zeitraum Nachfolgeregelungen suchen.

### 3. Politik

#### Agenda 2030 der CDU: Ambitionierte Pläne mit fraglicher Umsetzung<sup>7</sup>

Die CDU-Agenda 2030 enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf steuerliche Entlastungen, Bürokratieabbau und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland abzielen. Geplant sind unter anderem die Senkung der Körperschaftsteuer auf ein Zehntel, die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie die Einführung des „Once-Only-Prinzips“, bei dem Unternehmen Daten nur einmalig an Behörden übermitteln müssen. Zudem sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Gewerbesteuer vereinfacht werden.

Im Bereich Arbeitsmarkt setzt die CDU auf die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes mit einer wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeit und eine neue Grundsicherung mit schärferen Sanktionen. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, sollen eine digitale Bundesagentur für Fachkräfteeinwanderung und bessere Rahmenbedingungen für die Weiterbildung eingerichtet werden. Im Bereich Forschung und Innovation plant die CDU ein Innovationsfreiheitsgesetz, eine Gründerschutzzone und

erhöhte Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Für die Digitalisierung sieht die Agenda den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur, ein Bundesdigitalministerium und steuerliche Anreize für Cybersicherheit vor. Zusätzliche Maßnahmen betreffen die Industrie- und Energiepolitik, wie die Senkung der Stromsteuer, die Rücknahme des Verbrenner-Verbots zugunsten synthetischer Kraftstoffe und die Förderung internationaler Handelsabkommen.

#### **BVMW-Position**

Die Maßnahmen der Agenda 2030 decken sich in vielen Punkten mit den langjährigen Forderungen des Mittelstands, wie dem Bürokratieabbau und einer faireren Steuerpolitik. Die Einführung des „Once-Only-Prinzips“ und die Flexibilisierung der Arbeitszeit könnten für mittelständische Unternehmen eine direkte Entlastung bedeuten. Auch Investitionen in Cybersicherheit und Digitalisierung adressieren drängende Bedürfnisse.

Allerdings bleibt die Frage der Finanzierung innerhalb der Schuldenbremse offen. Viele Maßnahmen wie Steuererleichterungen und Förderprogramme erfordern erhebliche Mittel. Ohne umfassende Reformen in anderen Bereichen, wie den sozialen Sicherungssystemen, könnten diese Entlastungen für Unternehmen unrealistisch sein. Der Mittelstand benötigt hier Klarheit und Planungssicherheit.

#### Wie groß ist die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA und China?<sup>8</sup>

Die Kurzstudie von Prognos untersucht die ökonomischen Beziehungen Deutschlands zu den USA und China. Die USA sind für Deutschland der wichtigste Exportmarkt, während China als bedeutender Importpartner eine zentrale Rolle spielt, insbesondere in der Elektrotechnik. Die EU bleibt Deutschlands wichtigster Handelspartner. Branchen wie die Pharmaindustrie sind stark mit

<sup>7</sup> CDU. (2025). [Agenda 2030: Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands](#). Hamburg, 10./11.01.2025.

<sup>8</sup> [Wie abhängig sind wir wirklich von den USA und China? | Prognos](#) (15.01.2025). Prognos.

# BVMW-Intern

## Ökonomie-Briefing 2025/KW04

24.01.2025

den USA verflochten, während China besonders für Vorprodukte dominiert. Die Exportabhängigkeit hat große Auswirkungen auf Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland. Auch bei Investitionen sind die USA bedeutender. Der Anteil deutscher Investitionen in die USA ist mehr als dreimal so hoch wie in China. Im Gegenzug dominieren US-amerikanische Investitionen in Deutschland gegenüber chinesischen. Diese Verflechtungen verdeutlichen, dass Deutschland strategisch zwischen den beiden rivalisierenden Mächten agieren muss, um wirtschaftliche Stabilität und Innovationsfähigkeit zu sichern.

### **BVMW-Position**

Die Amtseinführung von Donald Trump als US-Präsident am 20. Januar 2025 und seine protektionistische "America First"-Politik könnten den Zugang deutscher KMU zum US-Markt durch Zollerhöhungen und Handelshemmnisse erschweren. Gleichzeitig drohen verschärfte Spannungen zwischen den USA und China die globalen Lieferketten zu destabilisieren, was exportorientierte mittelständische Unternehmen vor große Herausforderungen stellt. Um Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, ist es für den deutschen Mittelstand entscheidend, internationale Strategien zu diversifizieren, alternative Märkte zu erschließen und Lieferketten resilienter zu gestalten. Von Seite des Gesetzgebers sollten eine Vertiefung des europäischen Binnenmarkts und internationale Handelsabkommen angestrebt werden.

### **Die europäische Mindestlohnrichtlinie auf dem Prüfstand beim EuGH<sup>9</sup>**

Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs hat erklärt, dass die EU nicht befugt war, die Mindestlohnrichtlinie von 2022 zu erlassen, da die Lohnregelung laut EU-Verträgen den Mitgliedstaaten vorbehalten ist. Die Richtlinie, die von der Bundesregierung genutzt wurde, um höhere Mindestlöhne zu begründen, könnte daher

aufgehoben werden. Hintergrund ist eine Klage Dänemarks, das die Verletzung der Tarifautonomie und die unzulässige Einmischung der EU anführt. Das endgültige Urteil des EuGH wird für später im Jahr erwartet; obwohl die Richter nicht an das Gutachten des Generalanwalts gebunden sind, folgen sie diesem oft. Von diesem Urteil hängt ab, ob die Richtlinie Bestand hat oder zurückgenommen werden muss.

### **BVMW-Position**

Statt einer kontinuierlichen Mindestlohndebatte sollten Mittelstand und Arbeitnehmer durch Steuersenkungen entlastet werden. Wenn mehr Netto vom Brutto übrig bleibt, profitieren beide Seiten, ohne mittelständische Unternehmen an den Rand der Belastungsfähigkeit zu treiben. Insbesondere für KMU mit hohem Personalaufwand stellen ständige Mindestloohnerhöhungen eine enorme wirtschaftliche Belastung dar. Eine Revision der europäischen Mindestlohnrichtlinie würde einen neuen Wind in die politische Debatte in Deutschland geben und ein positives Zeichen an mittelständische Unternehmen senden. Arbeitnehmerentlastungen können in Form einer umfassenden Steuerreform in den Blick genommen werden ohne Arbeitgeber unnötig durch zusätzliche Kosten zu belasten.

Berlin, 24.01.2025

Gez.: Jasper Lücke [jasper.lueke@bvmw.de](mailto:jasper.lueke@bvmw.de)

Dr. Hans-Jürgen Völz [hans-juergen.voelz@bvmw.de](mailto:hans-juergen.voelz@bvmw.de)

<sup>9</sup> Creutzburg, D. (14.01.2025). [EuGH-Verfahren: Richtlinie über Mindestlöhne vor dem Aus?](#) FAZ.